

„Alles, was ihr tut mit Worten oder mit Werken, das tut alles in dem Namen des Herrn Jesus und danket Gott, dem Vater, durch ihn.“

(Kolosser 3,17)

Bericht zur Lage in Kirche und Gesellschaft
für die 5. Tagung der Dreizehnten Kirchensynode
der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau

(gemäß Art. 47 Abs. 1 Nr. 16 KO)

Frankfurt/Main, April 2024

von

Kirchenpräsident Dr. Dr. h. c. Volker Jung

Sehr geehrte Frau Präses, hohe Synode, liebe Gäste!

„Alles, was ihr tut mit Worten oder mit Werken, das tut alles in dem Namen des Herrn Jesus und dankt Gott, dem Vater, durch ihn.“ (Kolosser 3,17) Diese Worte aus dem Kolosserbrief stehen über unserer Kirchenordnung, die vor 75 Jahren von der Synode beschlossen wurde. Dieser biblische Vorspruch wurde auch 2010 bei der Revision der Kirchenordnung beibehalten.

Der Kolosserbrief fordert die Gemeinde auf, sich in allem an Christus zu orientieren. Das gründet darin, dass Kirche als Leib Christi verstanden wird. In diesem Leib sind alle Getauften als Glieder dieses Leibes in ihrer Vielfalt miteinander verbunden. Das Haupt ist Christus. Kirche ist so eine weltweite Gemeinschaft. Zugleich ist die Kirche sehr konkret die Gemeinschaft der Menschen, die in einer Gemeinde miteinander leben. Diese „Kirche vor Ort“ soll nun diese Gemeinschaft in Christus auch leben. Indem sie dies tut, dankt sie Gott. Kirche lebt aus dem Dank dafür, von Gott beschenkt zu sein – beschenkt mit der Liebe Gottes, die Menschen durch Christus erfahren haben und die sie miteinander verbindet. Die geistliche Gemeinschaft in Christus wird aber immer inmitten dieser Welt gelebt. Kirche ist immer Kirche in der Welt und deshalb auch immer von den Mächten dieser Welt bedroht, von innen und von außen. So ist sie immer in Gefahr, in die Irre zu gehen. Der Kolosserbrief mahnt deshalb eindrücklich, sich selbst immer wieder neu an Christus auszurichten – im Hören auf das Wort Christi und im Lobpreis Gottes. Das zeigt der Zusammenhang, in dem die Worte über unserer Kirchenordnung stehen: „Lasst das Wort Christi reichlich unter euch wohnen: Lehrt und ermahnt einander in aller Weisheit; mit Psalmen, Lobgesängen und geistlichen Liedern singt Gott dankbar in euren Herzen. Und alles, was ihr tut, mit Worten und mit Werken, das tut alles in dem Namen des Herrn Jesus und dankt Gott, dem Vater, durch ihn.“ (Kolosser 3,16-17)

Mit der Kirchenordnung stellt die EKHN all ihr eigenes Tun, mit dem sie Kirche gestaltet, ordnet und lebt, unter diesen Zuspruch und Anspruch. Ich erinnere uns daran in der Einleitung zu diesem Bericht – nur beiläufig mit Blick auf das Jubiläum unserer Kirchenordnung, vor allem aber darum, weil ich in diesem Bericht auf Fragen eingehen möchte, die uns als Kirche grundlegend betreffen.

In den drei Teilen des Berichtes geht es darum, wo wir als Kirche versagt haben. Es geht darum, wie wir uns als Kirche auf die Zukunft hin ausrichten können. Und es geht darum, wo wir als Kirche in der Welt aktuell politisch herausgefordert sind.

1. Wo wir als Kirche versagt haben: Sexualisierte Gewalt und andere Missbrauchsformen

Wir geben in dieser Synodaltagung dem Thema „Sexualisierte Gewalt in unserer Kirche“ Raum. Das hat bereits den Gottesdienst heute Morgen geprägt. Im Gottesdienst haben wir Gott darum gebeten, dass wir die nötige Kraft und Geisteskraft bekommen, um zuzuhören, hinzuschauen und dann auch die nötigen Konsequenzen zu ziehen. Und wir haben im Gottesdienst gehört und gespürt, wie schwer es gerade im Angesicht Gottes ist, eine Sprache zu finden für erfahrenes Unrecht und Leid. Eine Kirche, die alles, was sie tut, mit dem Anspruch tut, es „im Namen des Herrn Jesus“ zu tun, darf es nicht hinnehmen, wenn Menschen Gewalt erfahren. Sie darf es nicht hinnehmen, wenn verantwortungslose Personen Kirche mit ihren Strukturen, Orten, Räumen und Ämtern nutzen, um Taten zu begehen, die andere Menschen an Leib und Seele verletzen. Das steht völlig im Gegensatz zur Botschaft des Evangeliums, zum „Wort Christi“, das darauf zielt, Menschen in ihrem Vertrauen zu Gott und ihrer Verantwortung füreinander zu stärken.

Heute, in unserer Synodaltagung, hören wir zu. Und wir reden über das, was wir gehört haben, damit wir aufmerksamer und klarer werden, um Menschen vor Gewalt zu schützen, aufzuklären, Täter zu identifizieren und dafür zu sorgen, dass sie bestraft werden. Es ist beschämend zu sehen, wo wir schuldig geworden sind, weil Täter oder die Institution geschützt wurden. In unserer Tagung wollen wir kritisch bedenken, was wir bisher getan haben, was wir weiter tun und gegebenenfalls auch anders machen müssen.

Ich danke allen, die den Gottesdienst vorbereitet und gestaltet haben, und allen, die den Nachmittag konzipiert haben. Besonders danke ich allen, die von ihren Erfahrungen berichtet haben und berichten werden. „Von meiner Geschichte zu erzählen, ist für mich jedes Mal neu schwierig und kostet viel Kraft.“ So hat es mir vor Kurzem eine betroffene Person gesagt. Andere haben mir gesagt: „Es ist gut, dafür gedankt zu bekommen. Aber ich will keinen Dank. Ich will, dass ihr etwas tut, damit andere das nicht wie ich erleben müssen.“ Es ist in der Tat bedrückend zu sehen, dass wir uns schon so lange mit dem Thema der sexualisierten Gewalt in unserer Kirche beschäftigen, aber dies offenbar nicht konsequent genug getan haben. Das betrifft sowohl die Prävention, die Intervention als auch die Aufarbeitung einschließlich der Aufklärung

und der Anerkennung. All das geht unter anderem aus der ForuM-Studie hervor, die am 25. Januar dieses Jahres veröffentlicht wurde.

Zur ForuM-Studie und zur Arbeit unserer Fachstelle gegen sexualisierte Gewalt liegen der Synode grundlegende Informationen im schriftlichen Bericht der Kirchenleitung vor. Dort finden Sie auch eine Darstellung über die Arbeit unserer Anerkennungskommission. Diese möchte ich mit meinem Bericht nicht doppeln. Ich werde heute Nachmittag dazu noch einige Erläuterungen geben. In diesem Bericht möchte ich herausheben, was ich zur Einordnung der ForuM-Studie und für die weitere Arbeit für besonders wichtig halte.

Zunächst ein kurzer Rückblick: Für die Auseinandersetzung mit dem Thema Sexualisierte Gewalt in der Kirche war das Jahr 2010 ein Schlüsseljahr. Der Leiter des Berliner Canisius-Kollegs, Pater Klaus Mertes, hat Missbrauchsfälle aus den 70er und 80er Jahren öffentlich gemacht. In der Folge davon meldeten sich Menschen, die sexualisierte Gewalt erlitten hatten, bei den katholischen Bistümern und auch bei den evangelischen Landeskirchen. Weitere Aufmerksamkeit entstand durch die Gewalterfahrungen in der Odenwaldschule. Ende Mai 2010 habe ich der Synode davon berichtet, dass sich auch bei unserer Kirche von sexualisierter Gewalt betroffene Personen gemeldet haben und welche Maßnahmen wir gemeinsam mit dem Diakonischen Werk Hessen-Nassau ergriffen haben, um die Meldungen systematisch zu erfassen, betroffene Menschen zu begleiten, Täter zu bestrafen und die Prävention zu verstärken. In den Folgejahren haben wir jede Meldung aufgenommen und gemeinsam mit den jeweils Betroffenen bearbeitet, und zwar immer unter der Maßgabe des Willens der betroffenen Personen. Im sogenannten „Heimkinderprojekt“ haben wir uns, ebenfalls mit dem Diakonischen Werk Hessen-Nassau, der Aufarbeitung der besonderen Situation in den Heimen in kirchlich-diakonischer Trägerschaft gewidmet. Fachtage zum Thema Kindeswohl in der EKHN und die Einrichtung einer besonderen Fachberatung „Kinderschutz“ gehörten zu weiteren Schritten. Trotz aller Maßnahmen war klar, dass sexualisierte Gewalt kein Thema der Vergangenheit ist. Es gab immer wieder Meldungen zu vergangenen und auch aktuellen Fällen. Wir machten auch die Erfahrung, dass die Aufarbeitung vergangener Fälle zum Teil ausgesprochen schwierig ist. Zum einen ermitteln staatliche Behörden aufgrund der Verjährungsfristen nicht mehr, zum anderen stoßen kirchliche Disziplinarverfahren an Grenzen. Sie sind insbesondere nicht an den betroffenen Menschen orientiert und werden von diesen als hoch belastend und intransparent erlebt. Wie überhaupt unser kirchliches Handeln von

betroffenen Personen immer wieder als „behördlich“ erfahren wird und damit als unsensibel für ihre besondere Situation.

Im Jahr 2018 hat die Synode der EKD einen Elf-Punkte-Plan zur systematischen Aufarbeitung von Fällen sexualisierter Gewalt in der evangelischen Kirche beschlossen. Dieser Plan nennt an erster Stelle, dass es unbedingt erforderlich ist, bei allen weiteren Schritten zur Aufarbeitung und Prävention betroffene Personen zu beteiligen. Nachdem ein erster Versuch eines Betroffenenbeirates gescheitert ist, wurde mittlerweile ein Beteiligtenforum als zentrales Organ des weiteren Prozesses auf EKD-Ebene etabliert. Zu den 2018 beschlossenen Maßnahmen gehörte auch, dass eine „externe wissenschaftliche Gesamtstudie“ beauftragt und durchgeführt wird, die „systemisch bedingte Risikofaktoren speziell der evangelischen Kirche analysiert“.¹ Diese liegt mit der Studie des Forschungsverbundes ForuM vor. Sie hat den Titel „Forschung zur Aufarbeitung von sexualisierter Gewalt und anderen Missbrauchsformen in der Evangelischen Kirche und Diakonie in Deutschland“². Es ist wichtig zu betonen, dass der Forschungsverbund unabhängig gearbeitet hat und auch unabhängig die Form der Veröffentlichung bestimmt hat. Besonders wertvoll ist die Studie durch die Beteiligung betroffener Personen als Co-Forschende. So entstehen tiefe Einblicke in Fallkonstellationen aus der Sicht betroffener Menschen. Die Studie ist allerdings keine Studie zum Dunkelfeld in der Evangelischen Kirche. Im Blick auf die Anzahl der Fälle wurden die Disziplinarakten aller Landeskirchen ausgewertet. Bei einer Landeskirche, der Reformierten Kirche, alle Personalakten. Dieses Verfahren war so von den Forschenden vorgeschlagen worden, nachdem klar war, dass eine ursprünglich vorgesehene stichprobenartige Sichtung von allen Personalakten und von allen kirchlichen Berufsgruppen im vorgesehenen Zeitraum nicht durchführbar gewesen wäre. Im schriftlichen Bericht finden Sie hierzu genauere Erläuterungen – unter anderem auch den Hinweis, dass in der EKHN neben den Disziplinarakten auch die bei uns seit den 50er Jahren geführten Beschwerdeakten durchgesehen wurden. Ein Zugang zu den Personalakten der Gesamtkirche war für die Forschenden jederzeit möglich. Eine Dunkelfeldstudie, wie sie der Elf-Punkte-Plan vorsieht, bleibt ein Desiderat.

Die Studie hatte insbesondere das Ziel, systemische Risikofaktoren in der evangelischen Kirche zu identifizieren. Die Analysen und Hinweise sind sehr differenziert und hilfreich. Die Studie weist zwar grundsätzlich darauf hin, dass Täter es verstehen, das

¹ <https://www.ekd.de/11-punkte-plan-missbrauch-evangelische-kirche-44841.htm>. Abgerufen: 22.04.24.

² https://www.forum-studie.de/wp-content/uploads/2024/02/Abschlussbericht_ForuM_21-02-2024.pdf. Abgerufen: 22.04.24.

jeweilige System, in dem sie sich befinden, auszunutzen. Gerade das muss aber dazu führen, die systemischen Risiken zu erkennen und entgegenzusteuern. Als besonderes systemisches Risiko der evangelischen Kirche wird das eigene Selbstbild bewertet. Das Selbstverständnis der evangelischen Kirche, progressiv und hierarchiearm zu sein sowie ein gutes partizipatives Miteinander zu pflegen, kann dazu führen, sexualisierte Gewalt nicht wahrzunehmen, sie zu verdecken oder sogar zu ermöglichen. So werden nach außen Harmonie und Sicherheit dargestellt und gegebenenfalls auch verteidigt. Das eröffnet Tätern die Möglichkeit, genau diesen vermeintlich sicheren Raum auszunutzen. So kann zum Beispiel das Pfarrhaus ein sicherer Ort sein und so auch nach außen ausstrahlen. Genau dadurch aber kann es zu einem Ort werden, der Tätern einen Tatraum gibt. Und es ist hier richtig – wie die Studie zeigt – hier von Tätern zu reden, da es sich fast ausschließlich um Männer handelt. Mit dem typisch evangelischen Selbstbild, das zum Beispiel flache Hierarchien herausstellt, sind nach den Analysen der Studie auch Verantwortungsdiffusion und Verantwortungsdelegation verbunden sowie Grenzverschiebungen und ein unangemessener Umgang mit Nähe und Distanz. Real vorhandene Machtkonstellationen und Abhängigkeitsverhältnisse werden ausgenutzt. Dazu gehört etwa eine verschleierte Pastoralmacht in Seelsorgebeziehungen. Zu beobachten ist auch, dass im Umgang mit sexualisierter Gewalt immer wieder eine Schuldumkehr stattfindet. Das heißt, Betroffene werden zu Tätern und Täterinnen gemacht. Ihnen wird dann etwa vorgeworfen, Gewalt provoziert oder das Miteinander gestört zu haben. Ein besonderes Risiko wird dort gesehen, wo theologische Argumentationen wie Vergebung und Rechtfertigung von Tätern beansprucht werden oder moralisierend und täterschützend eingesetzt werden. Ich füge mit Blick auf das eingangs beschriebene Kirchenverständnis hinzu: Es gibt auch ein falsches Verständnis von in Christus gelebter Gemeinschaft, dann nämlich, wenn die Gemeinschaft sich unter eben jenen Harmoniezwang stellt. Aus Sicht der Betroffenen werden der landeskirchliche Föderalismus und der damit verbundene unterschiedliche Umgang mit Betroffenen und kaum durchschaubare Zuständigkeiten als erhebliches systemisches Problem der evangelischen Kirche markiert.

Zu manchen der von der Studie beschriebenen Risiken haben wir bereits Gegenmaßnahmen ergriffen. Das Thema ist mittlerweile fester Bestandteil der Ausbildung im Vikariat. Außerdem gibt es neben den Grundsätzen im Gewaltpräventionsgesetz, die für alle Mitarbeitenden gelten, mittlerweile die „Leitlinien zur Prävention sexualisierter Gewalt und anderer grenzüberschreitender Verhaltensweisen“, die berufsethische Standards für den Pfarrdienst definieren. Alle mit Seelsorge Betrauten sind aufgefordert, hierzu eine besondere Selbstverpflichtungserklärung zu unterzeichnen.

In der weiteren Arbeit mit den Ergebnissen der ForuM-Studie ist es nun erforderlich, dass wir uns auf allen Ebenen unserer Kirche mit den in der Studie beschriebenen systemischen Risiken auseinandersetzen – von der Synode bis hin zu jeder Kirchengemeinde und Einrichtung. Es braucht die Grundhaltung, sexualisierte Gewalt und andere Gewaltformen nicht als ein Problem der Vergangenheit zu sehen, sondern als eine permanent bestehende Gefährdung. Dazu gehört, die Schutzkonzepte umzusetzen und sie immer wieder neu zu bearbeiten und zu verbessern. Ich möchte hier noch einmal unterstreichen, was ich Anfang Februar in einem Brief an Kirchenvorstände, Propsteien, Dekanate, Pfarrer*innen, Zentren und Einrichtungen unserer Kirche geschrieben habe: „Es darf nicht unser Ziel sein, unsere Kirche, unsere Einrichtungen und unsere Gemeinden zu schützen. Es geht darum, Menschen vor Übergriffen und Gewalt zu schützen. Das entspricht unserem Auftrag, die Botschaft von der Liebe Gottes zu allen Menschen in Wort und Tat zu bezeugen und zu leben.“

2. Wie wir uns als Kirche ausrichten können:

Die 6. Kirchenmitgliedschaftsuntersuchung (KMU)

Unser Anspruch als Kirche ist hoch: Wir wollen mit Worten und Werken im Namen und damit im Sinn von Jesus und seiner Botschaft handeln. Dabei wissen wir und erleben wir, dass wir als einzelne und als Kirche immer wieder hinter diesem Anspruch zurückbleiben. Dass dies so ist, bringen wir mit jedem Gottesdienst, den wir feiern zum Ausdruck. Darin bitten wir um neue Orientierung, um Gottes Geist und Segen, dies leben zu können, was uns selbst Halt gibt. Ungeachtet dessen, dass wir selbst die eigene Gebrochenheit wahrnehmen, wird an dem, was wir sagen und tun, gemessen, wie glaubwürdig und vertrauenswürdig wir sind.

Die 6. Kirchenmitgliedschaftsuntersuchung (KMU) lässt das deutlich erkennen. Das geht unter anderem aus ersten zentralen Ergebnissen hervor, über die ich hier berichten möchte. Ich will damit auch die Frage verknüpfen, wie sich aus den Ergebnissen strategische Perspektiven für unsere Kirchenentwicklung gewinnen lassen.

Die 6. KMU verdient deshalb besondere Aufmerksamkeit, weil der Kreis der Befragten deutlich erweitert wurde. Erstmals hat sich auch die katholische Kirche beteiligt. Im Zeitraum vom 14. Oktober bis 22. Dezember 2022 wurden 5.282 Personen ab dem 14. Lebensjahr befragt. Die Untersuchung ist für die in Deutschland lebende Bevölkerung repräsentativ. Die EKHN war wie bei den vorangegangenen Untersuchungen

besonders beteiligt. Wir fördern die Untersuchung finanziell, unsere Geographin und Sozialwissenschaftlerin Dr. Katharina Alt begleitet die Untersuchung fachlich, ich bin einer der Vorsitzenden des wissenschaftlichen Beirates.

Erste Ergebnisse wurden zur EKD-Synode im November veröffentlicht.³ Sie zeigen, dass die Kirchen in einer Vertrauenskrise stecken. Beim Vertrauensverlust haben beide Kirchen Anteil an dem generellen Vertrauensverlust von Institutionen. Die Themen „Reformen“ und insbesondere „Sexualisierte Gewalt“ sowie der Umgang damit spielen gerade bei den Kirchen eine besondere Rolle. Wie sich die Veröffentlichung der ForuM-Studie auf das Vertrauen in die evangelische Kirche auswirkt, lässt sich zurzeit nicht sagen. Grundsätzlich gilt aber, dass der Rückgang des Vertrauens auch dazu führt, dass die Kirchenbindung nachlässt. Auch bei der evangelischen Kirche ist ein starker Anstieg der Bereitschaft zu sehen, aus der Kirche auszutreten. Während 2012 bei der Befragung der 5. KMU 74% der Evangelischen sagten, dass für sie ein Kirchenaustritt nicht in Frage kommt, sagten das 2022 nur 35 %. Es ist deshalb zu befürchten, dass die Zahl der Kirchenaustritte konstant auf dem jetzigen Niveau bleiben könnte oder sich gar erhöht. Befragt man die austrittswilligen Teilnehmenden der Befragung, was die Kirche tun müsste, damit sie nicht austreten, erfährt die Forderung, dass sich die Kirchen deutlich stärker bekennen müssen, wie viel Schuld sie auf sich geladen haben, die höchste Zustimmung.

Dass wir weiterhin mit hohen Austrittsraten rechnen müssen, könnte auch deshalb so sein, weil nicht nur die Kirchenbindung zurückgeht, sondern die Religiosität insgesamt. 56 % der Menschen in Deutschland geben an, dass für sie Religiosität in ihrem Leben keine Rolle spielt. Sie werden in der Typisierung der KMU als säkular bezeichnet. Von den Säkularen sind übrigens 35 % Mitglieder der katholischen Kirche und 39 % Mitglieder der evangelischen Kirche. Dem stehen nur 13 % der Bevölkerung gegenüber, die als kirchlich-religiös bezeichnet werden, für die also das kirchliche Leben und Religiosität im Leben sehr relevant sind. Die meisten von ihnen sind hochaltrige Kirchenmitglieder. Daher wird sich diese Gruppe vermutlich allein aus demographischen Gründen zukünftig verkleinern. 25 % der Bevölkerung sind religiös-distanziert. Sie sind überwiegend Kirchenmitglieder. Für sie schließen sich die Zweifel und Distanz sowie die Bindung zur Kirche in ihrer alltäglichen Weltanschauung nicht aus. Zum vierten Orientierungstypus, den Alternativen, gehören Menschen, die stärker als die

³ Wie hältst du's mit der Kirche? Zur Bedeutung der Kirche in der Gesellschaft. Erste Ergebnisse der 6. Kirchenmitgliedschaftsuntersuchung. Hg. Evangelische Kirche in Deutschland (EKD). Leipzig 2023. https://kmu.ekd.de/fileadmin/user_upload/kirchenmitgliedschaftsuntersuchung/PDF/Wie_h%C3%A4ltst_du%20%99s_mit_der_Kirche_%E2%80%93_Zur_Bedeutung_der_Kirche%E2%80%93in%E2%80%93der%E2%80%93Gesellschaft_KMU_6.pdf. Abgerufen 22.04.2024.

anderen kirchenfernen Religiositätsformen zuneigen. Sie machen mit 6 % einen nur geringen Anteil in der Gesamtbevölkerung aus.

Eine weitergehende Betrachtung zeigt: Es ist in der Regel nicht so, dass Menschen, die aus der Kirche austreten, anderswo religiöse Anbindung suchen. Außerdem spielen Konfessionswechsel, ein Wechsel in Freikirchen oder andere Religionen keine große Rolle. Strittig diskutiert wird die Frage, ob es Formen individualisierter Religiosität gibt, die durch die Fragen der KMU nicht erfasst werden. Dahinter steht die grundlegende Frage, ob Religion etwas ist, was zum Menschen gehört oder ob Religion im Wesentlichen kulturell geprägt ist. Ich selbst halte es für angemessener, davon auszugehen, dass viele Menschen sich nicht als religiös verstehen. In der Grundhaltung käme es dann viel mehr darauf an, kein religiöses Defizit zu unterstellen, sondern in Gesprächen über Lebensfragen zu zeigen, wo man selbst die religiöse Dimension solcher Fragen sieht. Dies gilt umso mehr angesichts dessen, dass auch viele Kirchenmitglieder sich selbst als säkular verstehen.

Die KMU zeigt deutlich, dass das säkulare Selbstverständnis vieler Menschen wächst. Zugleich gibt es aber auch bei den Menschen, die dies erfahren haben, eine hohe Wertschätzung für die religiöse Sozialisation in den Gemeinden etwa in der Konfirmationszeit oder auch im Religionsunterricht und auch in Jugendgruppen, und zwar neben der familiären Prägung. Ebenso gibt es nach wie vor hohe Erwartungen an das Engagement der Kirchen. Im Zentrum steht dabei, dass Engagement für Menschen in Not und Unterstützung bei der Kindererziehung erwartet werden. Dazu gehört, dass Kirchen Beratungsstellen für Menschen mit Lebensproblemen betreiben, sich konsequent für geflüchtete Menschen einsetzen und Kindertageseinrichtungen unterhalten. Erwartet wird darüber hinaus von 78 % aller Evangelischen ein klares Engagement für den Klimaschutz. Dem steht insbesondere bei den Kirchenmitgliedern eine klare Absage an die Forderung gegenüber, dass die Kirchen sich auf die Beschäftigung mit religiösen Fragen beschränken sollten.

Die Erwartungen an die Kirchen sind im Blick auf die evangelische und die katholische Kirche nahezu identisch. Wie überhaupt die KMU 6 zeigt, dass die konfessionellen Stereotype für die meisten Kirchenmitglieder keine Rolle mehr spielen, so dass mit gewissem Recht vom Übergang in eine „postkonfessionelle Gesellschaft“⁴ gesprochen werden kann. Dem entspricht dann die Erwartung, dass die „evangelische und

⁴ A.a.O., S. 70.

katholische Kirche mehr zusammenarbeiten sollten und nicht so sehr ihr eigenständiges Profil betonen sollten“ Das erwarten 87 % aller Evangelischen und 93 % aller Katholischen. Damit korrespondieren auch hohe Reformervorgaben an beide Kirchen, die bei der katholischen Kirche etwas deutlicher ausgeprägt sind. Dass sich „die (jeweils eigene) Kirche grundlegend verändern muss, wenn sie eine Zukunft haben will“, erwarten 80 % aller Evangelischen und 96 % aller Katholischen. Verstärkt wird diese Aussage auch durch die befragten Austrittswilligen. 66% stimmen der Aussage zu, dass sie nicht austreten würden, wenn sich die Kirche radikal reformiert. Hier wird also noch ein Handlungsspielraum eröffnet. Einige Veränderungen in den Kirchen werden wahrgenommen. Für 78 % aller Evangelischen gehen diese auch in die richtige Richtung. In der katholischen Kirche sehen das 49 % so. Positiv bewertet wird bei der evangelischen Kirche etwa die Bereitschaft, homosexuelle Paare zu segnen. Bei der katholischen Kirche richten sich die Veränderungswünsche auch auf die Bereitschaft der Segnung homosexueller Paare und auf die Abschaffung des Zölibats. Für beide Kirchen gilt gleichermaßen, dass ihre religiöse Reichweite zurückgeht. Zugleich haben sie nach wie vor durch vielfältige Kontakte über Mitarbeitende in Kirche, Diakonie und Caritas eine relative hohe soziale Reichweite. Zur Reichweite der Kirchen gehört auch, dass Menschen, die Kirchenmitglieder sind, überdurchschnittlich ehrenamtlich engagiert sind, und zwar nicht nur in der Kirche. Wenn man nach den religiösen Orientierungstypen differenziert, ergibt sich folgendes. Ich zitiere aus dem Auswertungsband: „61 % der Kirchlich-Religiösen engagieren sich ehrenamtlich, 48 % der Distanzierten, 42 % der Alternativen und 33 % der Säkularen. Ob sich jemand ehrenamtlich engagiert, auch außerhalb der Kirche, wird zu ganz erheblichen Teilen durch kirchliche Religiosität bestimmt.“⁵

Die strategische Auswertung der KMU muss fest in unserem Prozess ekhn2030 verankert werden. Mit dem Auswertungsband vom November liegen bisher erste Ergebnisse vor. Zurzeit werden regionale Auswertungen durchgeführt. Zusammen mit ausführlicheren Analysen, die voraussichtlich im September veröffentlicht werden, bilden sie wichtige empirische Grundlagen für unsere Kirchenentwicklung. Das setzt natürlich voraus, sich grundsätzlich bei der Kirchenentwicklung auch an den Erwartungen von Mitgliedern und Nicht-Mitgliedern orientieren zu wollen, und zwar auch mit dem Ziel, sie als Mitglieder zu halten oder zu gewinnen.

⁵ A.a.O., S. 91.

Theologisch ist es richtig zu sagen, dass die Kirchenmitgliedschaft nicht das primäre Ziel kirchlichen Handelns sein kann und sein darf. Es geht darum, als Kirche aus dem Evangelium heraus zu leben und das Evangelium in Wort und Tat in dieser Welt so zu bezeugen, dass es als Kraft Gottes Menschen erreichen und berühren kann, so wie Gott will. Dies tun wir unter der Verheißung, dass Jesus seine Kirche baut und nicht verlässt. Diese Kirche Jesu Christi geht niemals völlig in einer konkreten organisatorischen Gestalt von Kirche auf. Sie existiert aber auch nicht ohne sie. Eine konkrete Kirche wie die EKHN ist deshalb immer herausgefordert, ihre organisatorische Gestalt zu prüfen und zu verändern, wenn dies erforderlich ist. Eine Kirche darf und muss deshalb auch daran interessiert sein, dass Menschen ihr verbunden sind, um als Kirche füreinander und für andere da sein zu können.

Mit diesen Unterscheidungen halte ich es für wichtig, sich als Kirche auch daran zu orientieren, was Menschen von ihr erwarten, und zwar durchaus in dem Sinn der Frage, die Jesus selbst gestellt hat, als der blinde Bartimäus vor ihm stand: „Was willst du, dass ich für dich tun soll?“ (Markus 10,51) Es gehört zum Kernbestand der Kirchenmitgliedschaftsuntersuchungen, in diesem Sinn nach den Erwartungen von Menschen in der Kirche und außerhalb der Kirche zu fragen. Dies bedeutet nun nicht zwangsläufig, dass Kirche rein erwartungs- oder bedürfnisorientiert arbeiten sollte. Es gibt vielleicht auch Erwartungen, die nicht erfüllbar oder auch mit dem Evangelium nicht vereinbar sind. Aber Erwartungen zeigen an, wo für Menschen Kirche lebensrelevant ist und damit auch, wo sie das Evangelium für lebensrelevant halten. Erwartungen zu erheben, gibt die Möglichkeit, in unserem Prozess ekhn2030 Kirche empirisch fundiert weiterzuentwickeln.

Aus meiner Sicht ergeben sich für die EKHN aus den bisherigen Ergebnissen der KMU einige strategische Perspektiven. Die will ich hier kurz beschreiben:

Angesichts der weiter voranschreitenden Säkularisierung ist es richtig, dass wir uns darauf einstellen, eine kleinere Kirche mit weniger Mitgliedern und weniger Ressourcen zu werden. Es wäre falsch, darauf zu setzen, mit veränderter Arbeit einen Trend umkehren zu können. Es geht zugleich aber darum, das säkulare Selbstverständnis von Menschen ernst zu nehmen und auf der Ebene der gemeinsamen Lebensfragen religiöse Dimensionen zu erschließen. Und es geht darum, immer wieder neue, überraschende Begegnungen mit dem Evangelium zu eröffnen.

Das Evangelium ist Ursprung, Kraftquelle und Auftrag. Im Prozess ekhn2030 haben wir von dort aus Mitgliederorientierung, Gemeinwesenorientierung und Regionalisierung als Perspektiven entwickelt. Diese können wir unter Aufnahme der Ergebnisse der KMU sehr gut vertiefen.

Unsere Mitglieder und viele andere Menschen erwarten, dass wir auch als kleiner werdende Kirche für den gesamtgesellschaftlichen Zusammenhalt eintreten und das auch kommunizieren. Das schaffen wir durch religiöse, aber auch durch nicht-religiöse Angebote. Zur Mitgliederorientierung gehören daher Angebote der Lebensbegleitung, insbesondere an den Wendepunkten des Lebens, in den persönlichen Kontakten und auch in der Gemeinschaft der Gemeinde. Die KMU legt nahe, in besonderer Weise Familien bei der Erziehung der Kinder zu unterstützen und die kirchlichen Bildungsangebote zu pflegen und wo möglich auch zu intensivieren. Die Konfirmationszeit ist eine ausgesprochen wichtige Zeit, in die viel haupt- und ehrenamtliche Energie fließen sollte. Und weil das Bildungshandeln der Kirche so wichtig ist, muss alles dafür getan werden, dass Kirche ein sicherer Ort ist. Ich verweise auf die Ausführungen zum ersten Punkt.

Ganz klar sind auch die Erwartungen im Blick auf unser gesellschaftliches, diakonisches und damit gemeinwesenorientiertes Engagement. Die KMU hat deutlich gemacht, dass es gelebte Nächstenliebe ist, die Menschen mit dem Christsein verbinden. Hierin zeigt sich für viele zu Recht, ob das Evangelium eine wirkliche Kraft entfaltet. Es ist fast so etwas wie ein Prüfstein, ob Kirche „im Namen des Herrn Jesus“ handelt oder nicht. Dazu gehört es, für hilfsbedürftige Menschen da zu sein und zugleich, wie etwa beim Klimaschutz, sich auch für nachhaltige und gerechte Lebensbedingungen einzusetzen. Strategisch bedeutet es meines Erachtens, zum einen Kirche und Diakonie vor Ort viel enger miteinander zu verschränken. Und es bedeutet zum anderen auch, sehr konsequent an den Fragen der Nachhaltigkeit und des Klimaschutzes zu arbeiten. Das ist kein zusätzliches, vielleicht auch verzichtbares Engagement. Es ist auch eine Frage der Glaubwürdigkeit. Bei den Beratungen über das Klimaschutzgesetz und den nötigen Konsequenzen, sind wir bereits in dieser Synodentagung am Thema.

In ekhn2030 ist der dritte strategische Punkt die Entwicklung der Regionen, eng verbunden mit der Gemeinwesenorientierung. Hier geht es darum, in einer kleiner werdenden Kirche die soziale Reichweite zu erhalten und zugleich Räume für

Innovatives zu schaffen. Meines Erachtens ist es erforderlich, noch weitreichender als bisher kooperativ zu denken und zu arbeiten, auch und besonders – wo dies möglich ist – ökumenisch. Ökumenische Kirchenentwicklung heißt hier das Stichwort, unter dem es bereits erste Aufbrüche gibt. Ökumenische Kooperation und auch kommunale und zivilgesellschaftliche Kooperationen sind ein wichtiger Beitrag zur Stärkung des Gemeinwesens und damit auch der Demokratie. Und darum soll es jetzt im dritten Punkt gehen.

3. Wo wir als Kirche politisch gefordert sind: Demokratie und Frieden

Am 23. Mai vor 75 Jahren trat das Grundgesetz in Kraft. Es ist seitdem die Grundlage eines freiheitlich-demokratischen Gemeinwesens, in dessen Zentrum steht, dass die Würde jedes Menschen unantastbar ist. Kirchen und Religionsgemeinschaften leisten ihren Beitrag zur Gestaltung des Gemeinwesens. Zwar hat es in der evangelischen und der katholischen Kirche durchaus eine Weile gedauert, bis das grundsätzliche Ja zur freiheitlichen Demokratie auch in offiziellen Texten seinen Niederschlag gefunden hat. Mittlerweile ist aber völlig unumstritten, dass beide Kirchen gemeinsam für die Demokratie eintreten. Dies hat zuletzt das Gemeinsame Wort der Deutschen Bischofskonferenz und des Rates der EKD aus dem Jahr 2019 gezeigt. Unter dem Titel „Vertrauen in die Demokratie stärken“⁶ wurde gemeinsam angesichts insbesondere der rechtspopulistischen Angriffe auf die Demokratie zu mehr Engagement für die Demokratie aufgerufen. Wie nötig dies ist, zeigt ein von vielen nicht für möglich gehaltenes Erstarken rechtspopulistischer und rechtsextremer Kräfte, insbesondere der „Alternative für Deutschland“ (AfD). Diese Kräfte streben klar erkennbar einen Rechtsruck der Gesellschaft an, und zwar in internationaler Vernetzung. Dabei wird nicht nur die demokratische Grundordnung in Frage gestellt, sondern auch die Bedeutung der Europäischen Union. Dies wahrzunehmen und sich dem entgegenzustellen, ist angesichts der am 9. Juni 2024 anstehenden Europawahl und zahlreicher Kommunalwahlen, unter anderem auch in Rheinland-Pfalz, am gleichen Tag wichtig. Dies gilt natürlich auch mit Blick auf die Landtagswahlen im September in Brandenburg, Sachsen und Thüringen.

Mittlerweile hat sich klar und öffentlich eine Bewegung gegen die Alternative für Deutschland und andere rechtsextreme Gruppierungen formiert. Nachdem ein Treffen von Rechtsextremisten unter Teilnahme führender AfD-Leute in Potsdam bekannt

⁶ https://www.ekd.de/ekd_de/ds_doc/gemeinsame_texte_26_demokratie_2019.pdf. Abgerufen: 22.04.24.

wurde, bei dem Pläne zur sogenannten „Remigration“ vorgestellt und programmatisch bearbeitet wurden, sind vielerorts Menschen in Demonstrationen auf die Straße gegangen. Sie haben lautstark gegen diese menschenverachtenden und diskriminierenden Pläne zur Vertreibung von Millionen Menschen aus Deutschland demonstriert und klar für ein vielfältiges, die Würde aller Menschen achtendes Gemeinwesen votiert. Vielfach waren Gemeinden und Dekanate nicht nur beteiligt, sondern gehörten zu denen, die Demonstrationen initiiert haben. Die Diakonie Hessen hat die Kampagne „Noch kannst Du ...“ mit auf den Weg gebracht. Die Gemeinde Ober-Eschbach - Ober-Erlenbach hatte Anfang des Jahres die Idee, Banner und Flaggen für Kirchtürme und andere Gebäude zu entwerfen. Die Banner und Flaggen tragen die Aufschrift „Unser Kreuz hat alle Farben. Für Demokratie, Toleranz, Menschenwürde und eine offene Gesellschaft“. Über die Öffentlichkeitsarbeit des Dekanats wurde die Aktion weiter verbreitet. Mittlerweile haben sich über 200 Gemeinden und Einrichtungen in der EKHN beteiligt, das Material wird darüber hinaus sogar bundesweit angefragt. Ziel der Aktion ist es, ganz deutlich zu zeigen, dass die EKHN sich für Demokratie, Vielfalt und eine offene Gesellschaft einsetzt und sich damit klar gegen rechtsextreme Gedanken positioniert. Ich unterstütze die Aktion gerne und bin für das große Engagement in Kirche und Diakonie sehr dankbar. Ausdrücklich sage ich deshalb hier: Vielen Dank allen, die so klar und entschieden für unsere Demokratie und gegen jede Form von Diskriminierung eintreten!

Das muss in den nächsten Wochen fortgesetzt werden. Im Blick auf die Europawahl ist ein gemeinsamer Wahlauftritt der Deutschen Bischofskonferenz, der EKD und erstmals auch der Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen in Deutschland (ACK) geplant. Gemeinsam mit der Evangelischen Kirche von Kurhessen-Waldeck (EKKW) werden wir in der Europawoche in den Sozialen Medien ab dem 6. Mai Statements aus unseren Kirchen und unseren europäischen Partnerkirchen veröffentlichen, die sich klar zur Europäischen Union und den damit verbundenen Werten bekennen.

Ich bin sehr froh, dass wir als EKHN seit 2017 mit dem Projekt „Demokratie stärken“ im Zentrum Gesellschaftliche Verantwortung Beratung für Gemeinden, Dekanate und Einrichtungen anbieten, Vernetzung mitgestalten und Bildungsangebote machen. Das Zentrum Oekumene und der Stabsbereich Chancengleichheit arbeiten in Kooperation daran, dass wir in der EKHN sensibler dafür werden, wenn Menschen diskriminiert werden. Das bedeutet auch, selbstkritisch zu fragen, ob wir in Kirche und Diakonie in unseren Angeboten, tatsächlich offen, antirassistisch, vielfältig und demokratisch sind. Und es bedeutet zu fragen, was wir tun können, um offener für Menschen zu werden, die von Diskriminierung betroffen sind, um an ihre Seite zu treten und sie zu stärken.

Antisemitismus, Muslimfeindlichkeit, Angriffe auf queere Menschen und Rassismus mitten in unserer Gesellschaft machen mir große Sorgen. Ich bin überzeugt, dass wir in unserer Kirche einen breiten antirassistischen Diskurs brauchen. Wir müssen wahrnehmen, wo rassistische Denkmuster in uns und unserer theologischen Reflexion verankert sind, und wie wir dies verändern können. Der Synode liegt in dieser Tagung eine Resolution für Demokratie, Vielfalt und Menschenwürde – gegen Rechtspopulismus vor. Sie ist die Chance, hier ein klares Zeichen zu setzen.

Sehr konkret geht es zurzeit auch darum, das Verhältnis zur Alternative für Deutschland (AfD) zu bestimmen. Hierzu einige Gedanken:

Die Synode der EKD hat in ihrer letzten Tagung mit Beschluss vom 5. Dezember dazu aufgerufen, ausschließlich „Parteien aus dem demokratischen Spektrum zu wählen, die sich für eine offene Gesellschaft der Vielfalt und ein gerechtes, demokratisches Gemeinwesen einsetzen“. Sie hat dazu festgestellt: „Die menschenverachtenden Haltungen und Äußerungen insbesondere der rechtsextremen Kräfte innerhalb der AfD sind mit den Grundsätzen des christlichen Glaubens in keiner Weise vereinbar.“ Auf ihrer Vollversammlung im Februar dieses Jahres haben die deutschen katholischen Bischöfe einstimmig eine Erklärung verabschiedet. Sie hat den Titel „Völkischer Nationalismus und Christentum sind unvereinbar“.⁷ Hier wird dezidiert erklärt, dass die AfD für Christinnen und Christen nicht wählbar ist und sie kein Ort ihrer politischen Betätigung sein kann. Das heißt in Konsequenz auch, dass Mitglieder der AfD in kirchlichen Ämtern nicht tragbar sind. Die amtierende Ratsvorsitzende, Bischöfin Kirsten Fehrs, hat diese Erklärung zu Recht begrüßt, weil sie auf der Linie der Erklärung der EKD-Synode liegt. Ich selbst habe mehrfach die AfD im Ganzen als „rechtsextrem“ bezeichnet. Da folge ich der Einschätzung einer Studie des Deutschen Instituts für Menschenrechte⁸, die zeigt, dass auch in den programmatischen Formulierungen der AfD die national-völkische Grundeinstellung erkennbar ist, wenngleich sie dort durch geschickte Formulierungen verdeckt wird. Ich hoffe sehr, dass dies in den laufenden Verfahren bestätigt wird. Es wird dann perspektivisch die Frage eines Parteiverbotes neu gestellt werden müssen. Meines Erachtens ist allerdings – vorbehaltlich dieser anstehenden Klärung – ein Grundsatzbeschluss zum Ausschluss von Mitgliedern der AfD aus kirchlichen Ämtern zurzeit nicht sinnvoll. Sehr wohl ist aber die Prüfung jedes

⁷ https://www.dbk.de/fileadmin/redaktion/diverse_downloads/presse_2024/2024-023a-Anlage1-Pressericht-Erklarung-der-deutschen-Bischoefe.pdf, Abgerufen: 22.04.24.

⁸ https://www.institut-fuer-menschenrechte.de/fileadmin/Redaktion/Publikationen/Analyse_Studie/Analyse_Warum_die_AfD_verboten_werden_koennte.pdf, Abgerufen 22.04.24.

Einzelfalles erforderlich – mit dem Ziel, die inhaltliche Unvereinbarkeit festzustellen und dann daraufhin auch Konsequenzen zu ziehen. Völlig klar ist allerdings, dass die Unvereinbarkeit festgestellt werden muss, wenn Menschen mit rechtsextremen Parolen offen rassistisch und antisemitisch agieren. Für kirchliche Veranstaltungen sollte als Grundlinie gelten, der AfD keine Plattform zur Verbreitung rechtsextremer Einstellungen und Positionen zu bieten. Debatten über kontroverse Themen müssen geführt werden, aber dafür muss es klare Regeln geben. Eine Kirche, die sich als Gemeinschaft in Christus versteht, kann es nicht hinnehmen, wenn sich Menschen in ihr diskriminierend und menschenfeindlich verhalten. Dies widerspricht der Gottes-ebenbildlichkeit aller Menschen und der von Christus ausgehenden Zuwendung zu allen Menschen.

Im Zuge der Polarisierung ist auch zu beobachten, wie die fürchterlichen Kriege in der Ukraine sowie in Israel und Gaza für politische Profilierungen genutzt werden. Als Kirche ist es unsere Aufgabe, Menschen, die ausgegrenzt werden, beizustehen und friedensstiftende Kräfte zu stärken. Was heißt das konkret?

Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine dauert nun schon fast zweieinhalb Jahre. In unserer Kirche wird in unseren Gemeinden für den Frieden gebetet – in Friedens- und Fürbittengebeten. Für den 2. Jahrestag des Kriegsbeginns gab es aus unseren Zentren eigenes liturgisches Material. Nach wie vor sind wir in Kirche und Diakonie bei der Unterstützung von Flüchtlingen engagiert – von der Seelsorge am Flughafen bis hin zu konkreten Hilfen in Gemeinden und der regionalen Diakonie. In diesem Zusammenhang stellen wir mit Besorgnis fest, dass einzelne Behörden ukrainischen Staatsangehörigen die Einreise verweigern, sie in Asylverfahren drängen oder sie in Länder außerhalb des Schengenraums ausweisen. Wir gehen diesen Fällen zurzeit weiter nach. In dieser furchtbaren Kriegssituation darf der Schutz für Menschen aus der Ukraine nicht kleinmütig beschränkt werden.

Das Zentrum Oekumene unterstützt Gemeinden bei Gemeindeveranstaltungen zu friedensethischen Themen. Oft wird dabei die Frage gestellt, ob und wie man heute noch Pazifist*in sein kann. Auf Ebene der EKD gibt es eine Friedenswerkstatt unter der Leitung des Friedensbeauftragten des Rates der EKD, dem mitteldeutschen Landesbischof Friedrich Kramer. Ziel ist es, in vier Konferenzen in multiprofessioneller Zusammensetzung bis 2025 ein Grundlagenpapier zur Friedensethik zu erarbeiten. Unumstritten ist der bisherige Leitgedanke des „Gerechten Friedens“. Allerdings hat

der Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine, der ein fundamentaler Rechtsbruch ist, manche Fragen neu aufgeworfen: Was ist zu tun, wenn eine Konfliktpartei internationales Recht nicht anerkennt? Welche Bedeutung hat eine internationale Organisation wie die Vereinten Nationen (UN) angesichts zunehmender innerstaatlicher Kriege, angesichts von Terrorismus und Globalisierung? Was bedeutet die Veränderung der globalen politischen Sicherheitsarchitektur? Was bedeutet das veränderte Bewusstsein für geostrategische Überlegungen und postkoloniale Kritik? Wie ist der Zusammenhang von Klima und Frieden? Diese und andere Fragen werden auf der Grundlage des Ansatzes der Friedensdenkschrift von 2006 neu gestellt. Einfache Antworten wird es dabei nicht geben können. Hier genau zeigt sich aber auch, welchen Beitrag wir als Kirche leisten können: Es geht um die konsequente und unaufgebbare Orientierung am gerechten Frieden und eine darin begründete differenzierte und differenzierende friedensethische Argumentation. Das ist die Absage an jeden Versuch, Waffeneinsatz als Mittel der Konfliktlösung aufzuwerten. Zivile Konfliktlösung muss immer den Vorrang haben. Das bedeutet nach wie vor, die Rüstungsexportkontrolle aufrechtzuerhalten. Neue Debatten um atomare Massenvernichtungswaffen dürfen nicht primär militärstrategisch geführt, sondern sie müssen politisch und friedensethisch geführt werden. Ich erinnere hier daran, dass wir als EKHN in unserer friedensethischen Resolution die Ächtung aller Atomwaffen stark gemacht hatten. Die Gefahr ist groß, dass angesichts der neuen sicherheitspolitischen Konstellationen eine grundlegende friedensethische Orientierung zugunsten militärstrategischer Planungen aufgegeben wird.

Im Blick auf die Ukraine geht es weiter darum, in internationaler Gemeinschaft die Ukraine in ihrem Selbstverteidigungsrecht zu stärken und sich zugleich diplomatisch darum zu bemühen, dass Russland den Angriffskrieg beendet. Waffenlieferungen sind immer wieder neu hinsichtlich möglicher Folgen ethisch zu bewerten. Leider sind kirchliche Initiativen, wie etwa das Bemühen des Ökumenischen Rates der Kirchen um einen Runden Tisch Ukraine-Russland im Herbst 2023, gescheitert. Unbeeindruckt von aller Kritik hat die Russisch-Orthodoxe Kirche ihre Kriegsrhetorik verstärkt und von einem „Heiligen Krieg“ gesprochen. Das ist erneut eine Blasphemie, die vom Ökumenischen Rat der Kirchen auch als solche benannt werden sollte. Die Konferenz Europäischer Kirchen (KEK) hat ihrerseits eine Initiative „Pathways to Peace“ gestartet, die auf kirchliche Begegnungen vor Ort und den Austausch mit politischen Akteuren setzt.

Bescheiden mögen auch die kirchlichen Möglichkeiten angesichts der Gewalt und des Krieges in Israel und Palästina erscheinen. Gleichwohl ist es gut, sich bewusst zu machen, was wir hier tun können.

Angesichts des äußerst brutalen Terrorakts der Hamas gegen Israel am 7. Oktober letzten Jahres hat diese Synode eine Resolution verabschiedet, die den Überfall der Hamas aufs Schärfste ohne jedes einschränkende „Ja, aber“ verurteilt hat. In Frankfurt haben Präses Dr. Birgit Pfeiffer und ich die Resolution im Namen von Synode und Kirchenleitung an Rabbiner Julien Chaim Soussan übergeben. Er hat uns verdeutlicht, wie wichtig die Resolution insbesondere für die jüdischen Gemeinden hier in Deutschland ist. Der Angriff der Hamas ist für Jüdinnen und Juden in aller Welt eine traumatische Erfahrung, die sie an Pogrome und den Völkermord durch das nationalsozialistische Deutschland erinnert. Propalästinensische Reaktionen in Deutschland haben Jüdinnen und Juden hier in Deutschland in Angst und Schrecken versetzt. Bei aller Wertschätzung für unsere Solidarität hat Rabbiner Soussan auch klar gesagt, dass es in den jüdischen Gemeinden eine große Enttäuschung gab, weil es keinen schnellen und lauten öffentlichen Aufschrei gab. Der Terrorakt der Hamas und der damit verbundene auf Israel bezogene Antisemitismus hätte dies erfordert, weil dies in jeder Beziehung ein Angriff auf die Menschenwürde war. Ich halte das für eine sehr wichtige Perspektive: Antisemitismus ist wie jede Form von Diskriminierung und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit ein Angriff auf die Würde von Menschen. Antisemitismus ist aus Sicht des Glaubens Sünde. Es ist nach wie vor nötig, jeder Form von Antisemitismus und Rassismus entschieden entgegenzutreten. Das gilt aufgrund der menschenrechtlichen Sicht und es gilt aufgrund unserer besonderen durch Jesus begründeten Beziehung zu den jüdischen Geschwistern. In politischer Perspektive gehört dazu ein uneingeschränktes Ja zum Existenzrecht des Staates Israel.

In Jesus begründet ist allerdings auch unsere Beziehung zu palästinensischen Christinnen und Christen. Ihr Leiden und das Leiden der palästinensischen Zivilbevölkerung bewegt uns sehr, und zwar eben auch aus menschenrechtlicher Sicht. Insbesondere von den palästinensischen Christinnen und Christen erreichen uns verzweifelte Hilferufe und Rufe nach Solidarität. In unserer doppelten Verbundenheit sehen wir die Tragik des Konfliktes, der alle Menschen in dieser Region betrifft. Dieser Konflikt hat eine Komplexität, die wir nicht auflösen können, sondern aushalten müssen. Wir tun dies in einer doppelten Solidarität. Das bedeutet, ohne einseitige

Schuldzuweisungen offen zu sein für die Geschichten beider Seiten. Da stehen auf der einen Seite die traumatischen Erfahrungen und das daraus resultierende Sicherheitsbedürfnis Israels und da steht auf der anderen Seite die Geschichte der Nakba, das Leben unter der Besatzung und die Sehnsucht nach Freiheit und Selbstbestimmung in einem eigenen Staat. Dazu gehört auch, die Sorge über wachsende nationalistisch-religiöse Haltungen auf beiden Seiten auszudrücken. Gemeinsam mit vier anderen Landeskirchen (Baden, Pfalz, Rheinland, Westfalen) haben wir als EKHN in unseren „Leitgedanken Israel – Palästina“ im Jahr 2021 als Vision formuliert: „Wir versammeln uns um die Vision eines unbedrängt und anerkannt lebenden Staates Israel Seite an Seite mit einem souveränen Staat Palästina inmitten eines befriedeten Mittleren Ostens. Die sich gewaltfrei um dieses Ziel bemühen, finden unsere ungeteilte Unterstützung.“⁹ Damit gilt unser Mitgefühl weiterhin den Menschen in Israel und der leidenden Zivilbevölkerung im Westjordanland und in Gaza. Wir nehmen ihre Lebenswirklichkeit und ihr Leid wahr.

Diese doppelte Solidarität drücken wir auch in der Projektförderung aus. Wir unterstützen gemeinsam mit der EKKW die humanitäre Hilfe der Diakonie Katastrophenhilfe in Gaza. Zugleich unterstützen wir – ebenfalls gemeinsam mit der EKKW – über den Jüdischen Nationalfonds ein Projekt zur Traumatherapie in der Region Sha‘ar HaNegev, das sich an Angehörige der Opfer des 7. Oktobers richtet. Als EKHN unterstützen wir noch die Rabbiner für Menschenrechte, die Nahrungsmittelpakete im Westjordanland an bedürftige Menschen verteilen.

Ich kann uns alle nur bitten: Lasst uns dazu beitragen, dass die Lage in Israel und Palästina hier bei uns nicht weiter jüdische Menschen in Gefahr bringt. Lasst uns dazu beitragen, dass die große Tragik nicht politisch instrumentalisiert wird. Lasst uns weiter beten für Frieden im Heiligen Land!

Hohe Synode, das war mein 16. und letzter Bericht zur Lage in Kirche und Gesellschaft. Ich habe mit diesem Bericht bewusst keinen Rückblick auf meine Amtszeit als Kirchenpräsident gehalten. Das möchte ich gerne – so ist es mit dem Kirchensynodalvorstand verabredet – in der November-Synode tun, allerdings in kürzerer Form.

Den Blick auf die Themen heute und die damit verbundene Erinnerung an den Zuspruch und Anspruch unter den wir uns mit unserer Kirchenordnung gestellt haben, möchte ich mit einer weiteren Erinnerung schließen. Unsere Kirchenordnung hat auch

⁹ [https://www.zentrum-oekumene.de/fileadmin/redaktion/Religionen/2021_11_03_Israel - Pal%C3%A4stina - November 2021.pdf](https://www.zentrum-oekumene.de/fileadmin/redaktion/Religionen/2021_11_03_Israel_-_Pal%C3%A4stina_-_November_2021.pdf). Abgerufen: 22.04.24.

einen biblischen Schlussakkord. Im Wissen darum, dass wir Kirche nicht aus uns selbst sind, und im Wissen darum, dass wir darauf angewiesen sind, dass Gott uns segnet, schließt die Kirchenordnung mit einem Vers aus Psalm 90. Dieser Vers ist eine Bitte an Gott. Ich stimme ein in diese Bitte – für unsere Synodentagung jetzt und für alles, was wir tun: „Der Herr, unser Gott, sei uns freundlich und fördere das Werk unserer Hände bei uns. Ja, das Werk unserer Hände wollest du fördern.“ (Psalm 90,17)

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit!